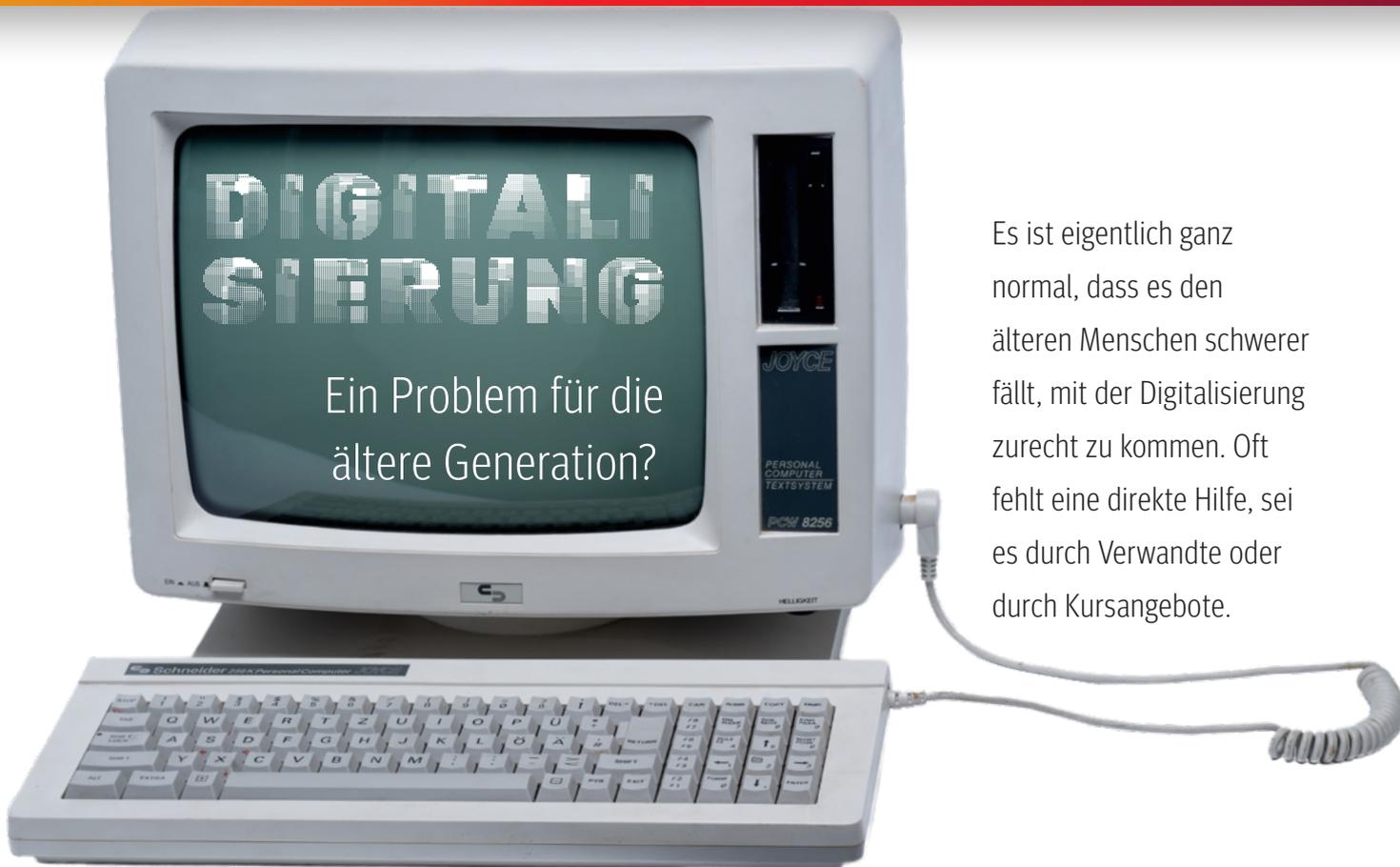


Senioren-Echo

ZEITUNG – NICHT NUR – FÜR SENIOR*INNEN DER IG METALL REGION HAMBURG



Es ist eigentlich ganz normal, dass es den älteren Menschen schwerer fällt, mit der Digitalisierung zurecht zu kommen. Oft fehlt eine direkte Hilfe, sei es durch Verwandte oder durch Kursangebote.

Nicht alle Älteren haben Zugang zum Internet. Es ist kaum bekannt, dass in Deutschland etwa 7 Millionen Bürger*innen der älteren Generation das Internet bislang gar nicht anwenden. Viele von ihnen sehen darin keinen Nutzen.

Der von Familienministerin Lisa Paus initiierte und von 11 Bundesländern unterstützte DigitalPakt Alter soll daher das

Interesse älterer Menschen für die Digitalisierung wecken und deren Vorteile verständlich darstellen. Das ist eine beispielhafte Initiative. Die Bundesländer, aber auch die Gewerkschaften sollten diese Initiative unbedingt aufgreifen und mit praktischen Maßnahmen unterstützen.

Solche Angebote sind unverzichtbar. Die Digitalisierung bietet besonders für die Älteren Vorteile und Chancen. Ob es um den Kontakt zum Lieferservice oder um einen Arzttermin geht, schnell erkennen die älteren Bürger*innen Nutzen und Vorteile, die ihnen die Digitalisierung bietet. Ihr Inte-

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

2 MELDUNGEN

- ▶ Immer mehr Flüchtlinge
- ▶ Weltweit nukleare Aufrüstung
- ▶ Moderne Sklaven
- ▶ Knausern beim Mindestlohn

4 BAHNFAHRT MIT HINDERNISSEN

Ich bin mit der Bahn auf dem Weg von Glückstadt nach Flensburg. Die Bahn soll mich und mein Fahrrad ans Ziel bringen...

5 MOBILITÄT

Mobil sein hat besonders für ältere Menschen eine große Bedeutung. Nicht auf die Hilfe von Anderen angewiesen zu sein, schafft Freiheit...

6 KRIEG: VERLIERER AUF ALLEN SEITEN

Seit fast zwei Jahren schon tobt der Krieg in der Ukraine...

8 SENIOR:INNEN DEMONSTRIEREN IN HAMBURG

Wir fordern von der Bundesregierung auch für Rentner*innen einen Inflationsausgleich

8 UNSER UMGANG MIT DEM ALTERN

eine Kolumne von Johannes Müller

resse an der neuen Technik und deren Vorteile ist groß und wächst durch praktische positive Erfahrungen. Sie möchten möglichst viel lernen, um die digitalen Medien optimal nutzen zu können. Dafür sind Angebote im direkten Lebensum-

feld erforderlich. Die Politik scheint das begriffen zu haben: Der DigitalPakt Alter fördert in den nächsten Jahren 150 lokale Initiativen, die ältere Menschen mit der neuen Technik vertraut machen sollen.

Mit der digitalen Technik umzugehen macht auch Spaß.
Das ist nicht

zu unterschätzen. Man kann Fotos verschicken oder WhatsApp-Nachrichten schreiben. Beim Online-Handel gibt es unter den Älteren allerdings noch einige Vorbehalte. Auch ist die Furcht vor Betrügern weit verbreitet. Ein falscher Klick kann Schlimmes bewirken. Leider sind es allzu oft ältere Menschen, die online Verträge abschließen, aber dann kein Papier in der Hand haben, um Wichtiges nachzulesen. Plötzlich hat man einen rechtsverbindlichen Vertrag abgeschlossen, aber niemand ist für Rückfragen da, und schon gibt es Ängste, etwas falsch gemacht zu haben. Das ist eine der schwierigsten Hürden.

Bei Krankenkassen, Versicherungen und Banken ist das Analoge praktisch schon verschwunden. Aber gerade auf diese für die Lebensgestaltung unverzichtbaren Einrichtungen sind die Älteren besonders angewiesen. Deshalb müssten diese Institutionen noch mehr für die Vermittlung von digitalen Kennt-

nissen tun, um den Älteren zu helfen, ihnen die Scheu vor der Digitalisierung zu nehmen und ihnen das für sie Positive dieser Technik zu vermitteln.

Doch täuschen wir uns nicht. Wenn allein in Deutschland rund 7 Millionen Bürger*innen das Internet nicht nutzen, müssen auch die Vertretungen der Senior*innen in der IG Metall bei der Information und Betreuung der Älteren unterstützt werden. Gerade diese Vertretungen benötigen qualifizierte Information und Hilfe, um sich Schritt für Schritt mit der Digitalisierung vertraut zu machen und langsam umzusteuern. Doch das reicht nicht.

Die Älteren, für die die Digitalisierung noch etwas Fremdes und besonders schwieriges ist und diejenigen, die sich gegen alle Digitalisierungszwänge wehren, dürfen nicht ausgegrenzt werden unter dem Motto „Selber schuld“. Sie haben Anspruch auf die gleiche Betreuung durch ihre Organisation. Das dürfen die Verantwortlichen nicht vergessen und dieses Problem nicht allein den Seniorenvertretungen „aufbürden“. Die dafür benötigte Kraft-

anstrengung für diese zweifache gesellschaftspolitische Aufgabe ist „ein harter Brocken“, aber bei Einsicht und gutem Willen der Gesamtorganisation eine lohnende Aufgabe. Unsere IG Metall darf das Älterwerden keinesfalls als etwas Nebensächliches betrachten. Hier geht es um Menschen, die sich um ihre Organisation verdient gemacht haben. Wenn es wahrscheinlich noch lange Zeit einen großen Mitgliederanteil geben wird, der in der bisherigen konventionellen Form betreut und informiert werden muss, dann ist das unvermeidlich. Dafür benötigen die Verantwortlichen für die Seniorenarbeit regelmäßig entsprechende Unterstützung.

Es tut sich also Einiges. Auch wir werden die Leser*innen unseres „Senioren-Echos“ immer wieder animieren, die Digitalisierung als etwas Unverzichtbares und Positives zu sehen und sich mit dieser neuen Entwicklung zu beschäftigen. Es lohnt sich! ■

Johannes Müllner



MELDUNGEN

Immer mehr Flüchtlinge

Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen müssen, war noch nie so hoch, wie heute. Laut dem aktuellen Global-Trends-Report vom UNHCR waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Diese Zahl umfasst Flüchtlinge, Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere Menschen, die internationalen Schutz benötigen. Insgesamt sind Ende 2022 19 Millionen Menschen mehr auf der Flucht, als noch Ende 2021 – dies entspricht einem Anstieg von 21 Prozent. Dies ist der größte Anstieg innerhalb

eines Jahres, den UNHCR je verzeichnet hat. Hauptgrund für diesen rasanten Anstieg ist die russische Invasion in der Ukraine, die Millionen Menschen zur Flucht zwang. Und eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Durch weitere Gewalt, schätzt der UNHCR, dass die Zahl der weltweit Vertriebenen in diesem Jahr bereits auf mehr als 110 Millionen weiter angestiegen ist. Hinzu kommen immer mehr Menschen, denen durch den Klimawandel die Lebensgrundlage entzogen wird und die ihre Heimat verlassen müssen. ■

Weltweit nukleare Aufrüstung

Alle Atomwaffenstaaten haben laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI ihre nukleare Aufrüstung forciert. In ihrem Jahresbericht warnen die Forscher*innen vor der steigenden Zahl einsatzfähiger Atomwaffen. „Wir driften in eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte“, sagte SIPRI-Direktor Dan Smith. Er forderte, die Nukleardiplomatie wiederherzustellen und die internationalen Kontrollen von Atomwaffen zu verstärken. ■

Moderne Sklaven

Globalen Schätzungen zufolge sind heute zehn Millionen Menschen mehr Opfer von moderner Sklaverei als noch vor fünf Jahren. Menschen, die gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen oder zwangsverheiratet und ausgebeutet werden. So das Ergebnis der jüngsten Global-Slavery-Index der Menschenrechtsorganisation Walk Free. Aktuell sind demnach weltweit 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei gefangen. Verbreitet ist moderne Sklaverei u.a. in Nordkorea, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Afgha-

nistan. In Indien geht der Bericht von 11 Millionen Sklaven aus, 5 Millionen in China, 1,8 Millionen in Russland, 1,3 Millionen in der Türkei und 1,1 Millionen in den USA ■

Knausern beim Mindestlohn

Der Mindestlohn soll zu Beginn 2024 um 41 Cent auf 12,41 Euro steigen. Eine gleichkleine Erhöhung soll 2025 erfolgen. Darauf haben sich die arbeitgeberorientierten Mitglieder der Mindestlohnkommission mit ihrer Mehrheit geeinigt. Die Gewerkschaftsvertreter*innen

haben sich geschlossen für eine kräftige Erhöhung auf 14 Euro, angesichts der hohen Inflation, ausgesprochen und gegen diese Farce gestimmt. Arbeitsminister Heil will diesem Votum der Kommission folgen, obwohl die EU-Richtlinie zum Mindestlohn mindestens 60 Prozent des jeweiligen nationalen Bruttomedianlohns empfiehlt. 12,41 Euro liegen deutlich darunter und damit wird EU-Recht gebrochen. Bei einer repräsentativen Umfrage im Juni haben sich 69 Prozent der Bevölkerung für eine Erhöhung auf 14 Euro ausgesprochen. ■

BAHNFAHRT MIT HINDERNISSEN

Verdammter Mist! Mein Anschlusszug ist weg.
Ich bin mit der Bahn auf dem Weg von Glückstadt nach Flensburg.
Die Bahn soll mich und mein Fahrrad ans Ziel bringen.

Die Fahrt führt über Elmshorn, hier muss ich umsteigen. Der Zug kam bereits in Glückstadt mit enormer Verspätung an (eine Erklärung dafür gab es nicht), so dass der „Flensburger“ bereits über alle Berge bzw. Weichen war. Also 55 Minuten warten. Ärgerlich, aber ich freue mich über den funktionierenden Fahrstuhl, der mich samt Fahrrad in den tieferliegenden Verbindungstunnel der Bahnsteige befördert. Funktionsfähige Lifte und Fahrtreppen sind bei der Bahn nun wahrlich keine Selbstverständlichkeit.

Überrascht bin ich, als mein „Ersatzzug“ nach Flensburg pünktlich einläuft. Zum Glück ist im Fahrradabteil genug Platz – ebenfalls keine Selbstverständlichkeit. In manchen Zügen gibt es kaum Fahrradstell-

plätze, so dass nicht selten ein Fahrrad nebst Eigner*in zurückbleiben muss. Da ändert auch das gültige Fahrradticket nichts, es gibt keine Mitnahmegarantie. Probleme bekomme ich beim Verladen meines gepackten Fahrrads. Der Bahnsteig ist sehr niedrig und deshalb eine gehörige Distanz in den Wagon zu überwinden. Warum haben Bahnsteige nicht ein einheitliches Höhengniveau, frage ich mich. Mein Fahrrad ist gesichert und ich habe einen Sitzplatz, alles gut.

Bis Neumünster geht es zügig voran. Danach wechselt die Reisegeschwindigkeit. Mal rauscht der Zug durch die Landschaft, mal ist man versucht nebenher Blumen zu pflücken. Warum? Sind es nicht zu erkennende Baustellen? Sind die berühmten Langsam-Fahrstrecken wegen maroder Gleisanlagen oder die Überlastung des Streckennetzes schuld? Wir halten an einem kleinen

Bahnhof. Der Einstieg ist in Fahrtrichtung links, anders als in Elmshorn. Auf dem Bahnsteig sehe ich eine alte Frau mit einem Gehwagen und ein junges Paar mit einem Kinderwagen. Erst jetzt bekomme mit, dass sich die Tür zum Fahrradabteil nicht öffnen lässt. Ein roter Aufkleber prangt an ihr: „Tür defekt“. Die alte Frau und das junge Paar müssen sich durch enge Gänge quälen, um zum geräumigen Fahrradabteil zu gelangen. Zum Glück erhalten sie Hilfe von Mitreisenden.

Geschafft, mit 12 Minuten Verspätung laufen wir in Flensburg ein. Mir ist aufgefallen, dass weder mich noch die Mitreisenden solche Unzulänglichkeiten groß aufregen. Es ist der Gewöhnungseffekt, denn es war eine ganz normale Reise mit der Bahn. Allerdings mehr Verlässlichkeit und Qualität hätten auch was! ■

Günter Hameister

MOBILITÄT

Mobil sein hat besonders für ältere Menschen eine große Bedeutung. Nicht auf die Hilfe von Anderen angewiesen zu sein, schafft Bewegungsfreiheit.

Nicht allen Menschen ist diese Freiheit vergönnt, der Körper kann nicht mehr so wie früher oder die Bewegung ist durch eine Verletzung bzw. Krankheit eingeschränkt. Aber auch den „Fitten“ wird das Leben nicht immer leicht gemacht. Defekte Fahrstühle und Rolltreppen an Bahnhöfen oder öffentlichen Gebäuden stellen unerwartete Barrieren da. Toiletten sind defekt oder nicht vorhanden. In Buchholz in der Nordheide, nicht gerade ein Dorf, fahren am Sonntag keine Busse. Wie soll ich zu meinen Enkelkindern kommen? Im ländlichen Raum trifft es oft nicht nur auf Sonntage zu.

Der Nahverkehr wurde im Privatisierungswahn auf Profit getrimmt. Im Regionalverkehr tummeln sich diverse Anbieter, jeder mit seinen eigenen Regeln. Die Deutsche Bahn sollte als Aktiengesellschaft an die Börse gebracht

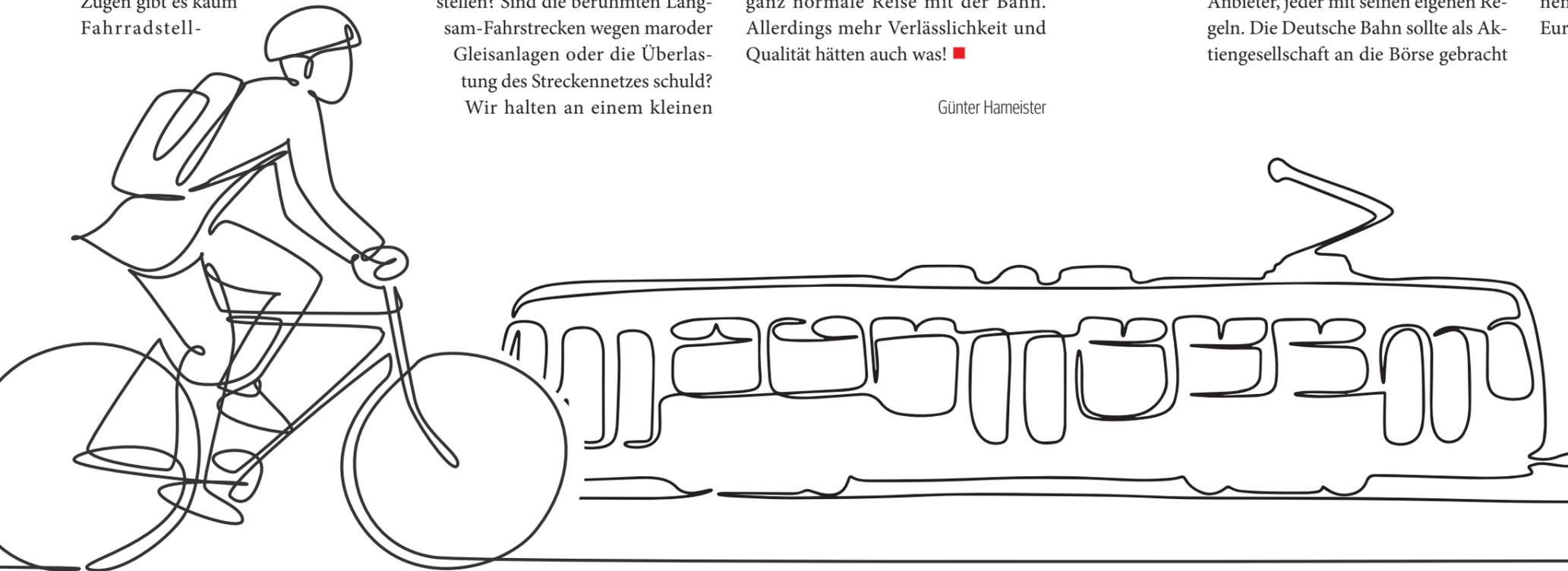
werden, um aus dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr eine profitable Anlagemöglichkeit für Investoren zu machen. Die Finanzkrise verhinderte dieses Vorhaben, hatte aber zur Folge, dass notwendige Investitionen ausblieben. Kosten runter um jeden Preis, mit der Folge des Verfalls der Bahn-Infrastruktur. Mobilität hängt jedoch wesentlich vom Angebot des Öffentlichen Nah- und Fernverkehrs ab. Er gehört zur Daseinsvorsorge und hat nichts auf dem neoliberalen Basar der Profitmacherei zu suchen.

Das 49-Euro-Ticket folgte dem 9-Euro-Ticket. Es ist ein Fortschritt, aber zu teuer. Die Seniorenbeiräte, Sozialverbände und Gewerkschaften stellen sich hinter die Forderung für Rentner*innen, das „Deutschlandticket“ für 29 Euro anzubieten.

Warum ist das 49-Euro-Ticket weitgehend nur digital erhältlich bzw. an den wenigen HVV-Service-Centern auch analog, inklusive langer Wartezeit? Warum nur als Abo, das ich pro aktiv kündigen muss, wenn ich es einen Monat nicht benötige? Was mache ich, wenn ich kein Smartphone besitze oder es nicht bedienen kann?

Ältere Menschen werden zunehmend ausgegrenzt. Werden sie nur als Kostenfaktor in einer auf Profit getrimmten Welt verstanden? Eine auf das Auto getrimmte Gesellschaft muss zu einem Mobilitätsangebot für alle Bürger*innen umsteuern, auch für Alte. Was ist von der Ampel-Regierung zu erwarten? Von Verkehrsminister Wissing eher wenig. Das bleibt das bittere Fazit. ■

Günter Hameister





KRIEG: VERLIERER AUF ALLEN SEITEN

Seit fast zwei Jahren schon tobt der Krieg in der Ukraine. Kriege und Gewalt finden sich auch im Nahen Osten, im Kaukasus, auf dem Balkan usw. Menschen sterben, ob als Soldat oder Zivilist. Städte und Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht. Die politisch Verantwortlichen müssen ihr Leben nicht an der Front riskieren, sie kämpfen nicht im Schützengraben.

Selbstverständlich hat die Ukraine ein Selbstverteidigungsrecht. Die Menschen dort benötigen unsere Hilfe. Aus Deutschland wird die Ukraine sowohl humanitär, als auch mit Waffen unterstützt. Über das Für und Wider der Waffenlieferungen gibt es unterschiedliche Meinungen. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben eine Unterstützung durch Waffenlieferungen für die Selbstverteidigung der Ukraine beschlossen. Aber gilt das auch für jede Art von Waffen? Schon jetzt wird auf beiden Seiten international geächtete Streumunition eingesetzt. Die Ukraine wird dafür von den USA beliefert. Bundespräsident Steinmeyer hat das Abkommen gegen Streumunition selbst unterzeichnet. Jetzt rechtfertigt er den Einsatz mit der Begründung, man dürfe der USA nicht in den Rücken fallen.

Nuklearhaltige Munition, Kampffjets, Marschflugkörper, so gut wie jeder Wunsch aus Kiew wird befürwortet. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Strack-Zimmermann, wie auch andere Politiker:innen, fordern ständig wirkungsvollere, brutalere Waffen. Der russische Politikwissenschaftler Sergej Karaganow fordert vom Kreml den Einsatz taktischer Atomwaffen. Die Eskalationsschraube dreht sich unaufhörlich weiter. Steigt damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges?

Warum sind Menschen für den Krieg, nehmen die Tötung von Menschen und die Vernichtung materieller Werte in Kauf? Warum kritisieren sie Stimmen, die sich für diplomatische Verhandlungen und einen sofortigen Waffenstillstand aussprechen? Selbst die vorsichtig

deeskalierende Haltung des Bundeskanzlers wird von FDP- und Grünen-Spitzenpolitiker:innen angegriffen. Sie verlangen von den Menschen in der Ukraine diesen Krieg bis zum Sieg über Russland weiterzuführen, obwohl alle wissen, dass eine Nuklearmacht nur zum Preis der totalen Vernichtung dieses Planeten besiegt werden kann.

In diesem Krieg gibt es nur Verlierer. An jedem Kriegstag sterben junge Menschen, die das Leben vor sich hatten, einen grausamen Tod. Dieser Krieg ist so festgefahren, dass es den Anschein macht, als könnte es am Ende keinen Sieger geben. Das Sterben auf beiden Seiten kann nur durch einen sofortigen Waffenstillstand beendet werden, wie es viele Regierungen Afrikas, Asiens und Südamerikas fordern.

Dass die Rüstungsindustrie Interesse am Krieg hat, versteht sich von selbst. Der Wert der Rheinmetall-Aktie hat sich, seit der Olaf-Scholz-Rede zum „100-Milliarden-Sondervermögen“ für die Aufrüstung der Bundeswehr, verdreifacht. Warum wurden sämtliche Grundsätze einer friedensbetonten Außenpolitik für nichtig erklärt? Die NATO will, dass der Krieg mit einer Niederlage Russlands endet. Gut gegen Böse – die alte Losung des kalten Krieges. Wenn das Leben auf unserem Planeten durch einen nuklearen Weltkrieg vernichtet wird, erübrigt sich die Frage nach Gut und Böse, erübrigt sich die Frage, wer der Aggressor war.

Neben der Gefahr des nuklearen Krieges schwinden mit jedem Kriegstag die finanziellen Mittel gegen den Klimawandel, gegen den Hunger in der Welt, für mehr soziale Gerechtigkeit.

Die Finanzierung des Krieges droht den Sozialstaat aufzufressen. 22 Milliarden Euro gab Deutschland bisher für den Krieg in die Ukraine, im internationalen Ranking an zweiter Stelle hinter den USA.

»Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.«
– Erich Maria Remarque, 1963.

Finanzminister Lindner erklärte, dass „der Sozialstaat zurücktreten muss“, dieser ließe sich nicht mehr finanzieren. „Das Ende der reinen Verteilungspolitik ist unausweichlich“, so Lindner bei der Tagung von IWF und Weltbank in Washington im April 2023. Deutschland leistet sich 2,9 Millionen armutsgefährdete Kinder und Jugendliche, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kindergrundsicherung sollte Abhilfe schaffen, ist jedoch zur Farce verkommen. Auf das versprochene Klimageld warten wir noch heute. Rente, Pflege und soziale Leistungen stehen auf dem Prüfstand. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) soll zusammengestrichen werden. 30.000 Stellen werden dadurch wegfallen. 113 Mio. Euro sollen allein hier gekürzt werden. Ohne dieses mit 430 Euro bezahlte Engagement junger Menschen wird die Pflege, werden alte Menschen zusätzlich leiden (Tagesschau 18. September 2023).

Weil die Menschen immer älter werden, müsse auch die Lebensarbeitszeit verlängert werden. Der Schrei nach dem

Renten-
eintrittsalter
mit 70 wird lauter.
Fakt ist, die Lebenserwartung ist im dritten Jahr in Folge gesunken - bei Männern auf 78,1 Jahre, bei Frauen auf 82,8.

Um Altersbezüge von 1.500 Euro zu bekommen, muss man laut Bundesarbeitsministerium 45 Jahre mit einem Verdienst von 3.602 Euro brutto gearbeitet haben. In der Krankenpflege werden durchschnittlich 3.130 Euro gezahlt (WSI). Um eine Rente von 1.200 Euro zu bekommen, wäre ein Stundensatz von 16,62 Euro erforderlich. Die Aufstockung des Mindestlohns von 12 Euro auf 12,41 Euro ab Januar 2024 liegt damit weit unter der Armutsgrenze. Die Altersarmut scheint für zukünftige Rentnergenerationen eine feste Größe zu werden. ■

Erik Merks,
Günter Hameister



SENIOR*INNEN DEMONSTRIERTEN IN HAMBURG

»Wir fordern von der Bundesregierung auch für Rentner*innen einen Inflationsausgleich!«

So lautete die zentrale Forderung von Sozialverbänden und Gewerkschaften auf der Demonstration am 2. September in Hamburg.

»Die aktuelle Rentenerhöhung (4,39 Prozent West, 5,86 Prozent Ost) bedeutet vor dem Hintergrund einer deutlich höheren Inflation einen klaren Verlust an Kaufkraft und Lebensqualität bei Millionen von Rentner*innen in Deutschland. Diese Rentenanpassung ist eine Farce angesichts extrem gestiegener Energiekosten, Mieten und Lebensmittelpreisen!«, heißt es in dem Aufruf zur Kundgebung.

Rund 67.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Hamburg sind arm. Ihre Zahl steigt kontinuierlich. 53 Prozent der Rentner*innen bezieht eine Rente unter 1.000 Euro. Mehr als 30.000 von ihnen erhalten in Hamburg Grundsicherung, weil sie mit ihrer Rente nicht auskommen. Jeder Cent wird dreimal umgedreht. Damit das Geld bis zum Monatsende reicht, jobben über 35.000 Rentner*innen in Hamburg – Tendenz steigend.

Zu Recht haben die Gewerkschaften in den Tarifabschlüssen 2023 zusätzlich zu tabellenwirksamen Erhöhungen spürbare Einmalzahlungen zum Inflationsausgleich durchgesetzt. Auch die Pensionär*innen des Bundes erhalten einen Inflationsausgleich, obwohl deren Pensionen in der Regel deutlich höher sind, als die Bezüge der Rentner*innen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht akzeptabel. ■

Günter Hameister

EINE KOLUMNE VON JOHANNES MÜLLNER

UNSER UMGANG MIT DEM ALTERN

Unsere Gesellschaft hat ein grundsätzliches Problem mit dem Begriff „alt“. Viele Menschen wollen erfahrener und klüger werden, aber auf keinen Fall alt. Es hat sich das Vorurteil durchgesetzt, die meisten alten Menschen seien arm und hilflos. Das ist falsch.

Woran liegt es eigentlich, dass Altsein und Altwerden allgemein so negativ bewertet werden? Warum wird oft in herablassender Form über Ältere geredet und geschrieben? Das liegt an der gesellschaftlichen Einschätzung, Altern mache einen Menschen zu einem anderen Menschen. Das ist falsch und eine verbreitete Form von Altersdiskriminierung. Richtig ist vielmehr, dass Menschen zu anderen gemacht werden, sobald sie erkennbar älter werden. Es hat sich auch im allgemeinen Bewusstsein festgesetzt, das Altern würde den Menschen grundsätzlich verändern.

Das beunruhigt viele Jüngere, die sich dann aus Angst vor dem Älterwerden von den Alten distanzieren und sie damit ausgrenzen.

Offenbar hat sich die Einstellung ergeben, dass mit dem Altern zwangsläufig eine Einschränkung von geistigen und körperlichen Fähigkeiten verbunden ist. Auch deshalb distanzieren sich Jüngere von den Alten. Diejenigen, die von der Leistungsgesellschaft ausgeschlossen werden, erleben ihre Einsamkeit in einer Welt, die nichts als Gleichgültigkeit für sie übrig hat. So Simone de Beauvoir in ihrem Buch „Das Alter“. Ihre These, dass Al-

ter häufig mit Isolation verbunden ist, wird damit bestätigt. Auch das ist ein entscheidender Grund für die Distanzierung der Jüngeren von den Alten. Das ist dann meist ungewollte Altersdiskriminierung.

In anderen Kulturen hat das Alter einen höheren Stellenwert. In Asien werden alte Menschen mit Würde betrachtet. Die Gesellschaft hat Respekt vor dem Alter und der Lebensleistung der alten Menschen. Auch in Mittel- und Südamerika wie in Südeuropa wird das Alter positiv gesehen. ■